

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Nicole Höchst, Dr. Götz Frömming, Dr. Marc Jongen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/6611 –**

Akademische und berufliche Bildung gleichstellen – Unser Land braucht Meister

A. Problem

Die Fraktion der AfD stellt fest, dass die Schaffung von Fach-, Ausbildungs- und Führungspersonal wichtig für die Zukunftssicherheit der deutschen Wirtschaft sei. Kleine und mittelständische Unternehmen seien in Deutschland regional verankert und trügen durch ihre unternehmerische Leistung sowie die kontinuierliche Innovation und Modernisierung zur Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei. Allerdings gebe es eine Tendenz zur Akademisierung. Dies zusammen mit dem demografischen Wandel führe zu einer Verschärfung des Fachkräftemangels.

B. Lösung

Mit der Einführung einer kostenfreien und prämierten Meisterfortbildung solle die Attraktivität der beruflichen Bildung erheblich gesteigert werden. Die hätte zur Folge, dass auch zukünftig qualifiziertes Ausbildungspersonal zur Verfügung stünde und das System der dualen Ausbildung weiterhin funktioniere.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/6611 abzulehnen.

Berlin, den 13. März 2024

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Kai Gehring
Vorsitzender

Jessica Rosenthal
Berichterstatterin

Stephan Albani
Berichterstatter

Dr. Anja Reinalter
Berichterstatterin

Friedhelm Boginski
Berichterstatter

Nicole Höchst
Berichterstatterin

Nicole Gohlke
Berichterstatterin

Ali Al-Dailami
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Jessica Rosenthal, Stephan Albani, Dr. Anja Reinalter, Friedhelm Boginski, Nicole Höchst, Nicole Gohlke und Ali Al-Dailami

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/6611** in seiner 103. Sitzung am 10. Mai 2023 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Digitales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Berufsentscheidungen seien nicht ausschließlich von Neigung oder Begabung abhängig, sondern wesentlich von pragmatischen Entscheidungskriterien geprägt. Dies seien beispielsweise die zu erwartenden Kosten und die zu erwartende Wertschätzung gegenüber der jeweiligen Tätigkeit. Mit der Einführung einer kostenfreien sowie prämierten Meisterfortbildung werde die Attraktivität der beruflichen Bildung gesteigert. Dies ergebe sich aus den Daten des statistischen Bundesamtes, wonach die Personalzahlen in Branchen gestiegen seien, nachdem die entsprechenden Förderbeiträge im Jahre 2021 erhöht wurden. Darüber hinaus müsse man weitere Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungsberufe in Betracht ziehen. Das Land Niedersachsen habe im Jahre 2018 eine Meisterprämie eingeführt, wonach bei bestandener Meisterprüfung eine Einmalzahlung in Höhe von 4.000 Euro beantragt werden könne. Die kostenfreie Meisterfortbildung sei insbesondere geeignet den Zugang zur wichtigen beruflichen Meisterfortbildung zu erleichtern, da dieser oftmals in die Familiengründungs- und Niederlassungsphase junger Menschen falle. Die genannten Maßnahmen seien insgesamt geeignet, den Fachkräftemangel zu verringern.

Der Deutsche Bundestag stelle daher fest, dass

1. die Erlangung eines möglichst breit gefächerten Bestandes an Fachkräften sowohl über den Meisterbrief und gleichgestellte Weiterbildungsabschlüsse eine außerordentlich wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die die Existenz und Vielzahl zukünftiger Ausbilder und Betriebsinhaber sichert;
2. die Entscheidung für und die Teilhabe an einer höher qualifizierenden Berufsbildung nicht an persönlichen finanziellen Hürden scheitern darf. Berufliche Bildung darf nicht gegenüber der mit ihr konkurrierenden akademischen Ausbildung benachteiligt werden;
3. die für diese Gleichstellung mit der akademischen Bildung anfallenden Kosten vom Bund getragen werden sollen;
4. die Fortbildungen an Fachschulen und Fachakademien über das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) ebenfalls mit Bundesmitteln kostenfrei ermöglicht werden sollen, um auf diese Weise eine möglichst umfassende Gleichstellung aller Bildungswege zu erreichen.

Der Deutsche Bundestag fordere die Bundesregierung auf,

1. die bestehende Förderung durch das AFBG zur kostenfreien Fortbildung zum Meister und entsprechend gleichgestellten Fort- und Weiterbildungen weiterzuentwickeln;
2. eine Meisterprämie z. B. nach niedersächsischem Vorbild einzuführen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6611 in seiner 76. Sitzung am 13. März 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6611 in seiner 69. Sitzung am 13. März 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/6611 in seiner 71. Sitzung am 13. März 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Digitales** hat den Antrag auf Drucksache 20/6611 in seiner 59. Sitzung am 13. März 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 20/6611 in seiner 66. Sitzung am 13. März 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Die **AfD-Fraktion** führt einleitend aus, dass das Handwerk sich nach wie vor in einem katastrophalen Zustand befinde. In allen Teilen Deutschlands müssten Handwerks- und Familienbetriebe schließen. Sowohl kleinere als auch mittlere Unternehmen seien nicht mehr in der Lage Nachwuchs sicherzustellen. Dieses Problem sei bereits bekannt. Nicht nur der Berufsbildungsbericht warne vor dem Ende des Handwerks, sondern auch die KOFA-Studie spreche das Problem an. Die Fraktion erläutert, dass im Jahre 2022 rund 1600 Meister gefehlt hätten.

Bezüglich der Entstehung ihres Antrags führt die AfD-Fraktion aus, dass der Bundesrat bereits Anfang 2023 einstimmig die Entschließung, die Meisterfortbildung kostenfrei zu stellen, verabschiedet habe. Sie betont, dass jedoch bis zur Einbringung ihres Antrags im Mai 2023 ins Plenum diesbezüglich keine Handlungsschritte der Ampel-Fraktionen unternommen worden seien. Die AfD-Fraktion mahnt an, dass die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung stets betont werde, allerdings werde dies weitestgehend gesellschaftlich anders wahrgenommen. Zwar sei das Handwerk in der Gesellschaft angesehen, jedoch selbst ins Handwerk gehen, wollten die wenigsten. Die AfD-Fraktion betont, dass insbesondere junge Menschen ihren Fokus mehr auf eine Work-Life-Balance legten und weniger arbeiten wollten. Deswegen wolle man das Handwerk mit dem Antrag weiter stärken. Sie betont, dass es derzeit aufgrund des Mangels an Handwerkern sehr schwierig sei einen Termin für Handwerksarbeiten zu vereinbaren.

Die AfD-Fraktion schließt damit ab, dass sie zur bereits bestehenden Förderung durch das AFBG zur kostenfreien Meisterfortbildung, zusätzliche und gleichgestellte Fort- und Weiterbildungen entwickeln wolle. Außerdem plane man die Einführung einer Meisterprämie nach niedersächsischem Vorbild.

Die **SPD-Fraktion** merkt an, dass die Impulse, die die AfD-Fraktion in die politische Debatte einbringe, ein Risikofaktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland sei. Dies habe sie insbesondere bewiesen, als der Ausschuss über die Fachkräfteeinwanderung gesprochen habe. Die AfD-Fraktion habe bewiesen, dass sie zu einer Willkommenskultur in Deutschland nichts beitragen zu könne. Dies zeige sich ebenfalls im gegenständlichen Antrag der Fraktion. Die SPD-Fraktion kritisiert, dass dieser insbesondere das Thema der inländischen Potenziale betreffe.

Die SPD-Fraktion betont, dass der Antrag aus fachlicher Sicht für das aufgeworfene Problem unzureichend sei. Insbesondere sei zu der Thematik bereits einiges auf den Weg gebracht worden und die Problematik sei ebenfalls Thema in den Debatten des Ausschusses gewesen. Sie führt aus, dass insbesondere zu Fragen des AFBG und der

Ausbildungsplatzgarantie in Zukunft ferner reichlich in Planung sei. Insgesamt wolle man die Debatte um diese Problematik vertieft zu einem anderen Zeitpunkt führen.

Die **CDU/CSU-Fraktion** stellt einleitend fest, dass der Antrag der AfD-Fraktion insgesamt misslungen sei. Er beinhalte zwei sich widersprechende Forderungen. Zwar sei die niedersächsische Meisterprämie sinnvoll, dies müsse jedoch finanziell ausgeglichen werden können. Die CDU/CSU-Fraktion frage, wie es zusammenpasse, Kosten abschaffen zu wollen und wiederum eine Prämie einzuführen. Diese beiden Ziele seien widersprüchlich.

Die CDU/CSU-Fraktion erklärt, dass man das Ziel des Antrags der AfD-Fraktion durchaus teile, man wolle ebenfalls die berufliche Bildung stärken. Im Gegensatz zu den Forderungen im Antrag der AfD-Fraktion, habe die Fraktion in der letzten Legislatur effektiv etwas zur Erreichung des Ziels beitragen. Dies sei insbesondere in der Überarbeitung des AFBG und der Freistellung von der Verpflichtung zur Rückzahlung derjenigen Meister, welche eine Firma gründen, geschehen.

Die CDU/CSU-Fraktion erklärt abschließend, dass man sich dem Vortrag der SPD-Fraktion anschließe. Die Politik der AfD-Fraktion sei eine Gefahr für Deutschland und dessen Wirtschaftsstandort, das sei im Übrigen von 80 Prozent der führenden Wirtschafts- und Politikkräfte in Deutschland, die an einer Umfrage des Allbach-Instituts teilgenommen hätten, bestätigt worden. Insgesamt müsse man den AfD-Antrag ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** merkt an, dass sie über den Antrag der AfD-Fraktion bereits im vergangenen Jahr debattiert und ihn damals bereits abgelehnt habe. Sie werde den Antrag diesmal erneut ablehnen. Die Fraktion erläutere, dass der Inhalt des Antrags das Ziel nicht voranbringen werde. Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung sei ebenso für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wichtig, zur Wettbewerbsfähigkeit von Deutschland sei dieses Ziel allerdings nicht die Lösung.

Die Fraktion schließe sich den Vorträgen der anderen Fraktionen an und betone, dass die AfD-Fraktion beim Thema der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen den Ruf Deutschlands als attraktives Einwanderungsland gefährde und ein großes Risiko für die Wirtschaft und die Zukunft Deutschlands darstelle. Somit müsse sie den Antrag der AfD-Fraktion ebenfalls ablehnen.

Die **FDP-Fraktion** merke an, dass sie sich ebenfalls den Vorrednern anschließe. Sie führe zusätzlich aus, dass sie bedauere, dass die AfD-Fraktion es im Antrag versäumt habe, von der Bundesregierung die Bereitstellung von Haushaltsmitteln zu fordern, damit man mehr Meister nach Deutschland holen könne. Denn bei einem dringenden Bedarf an Meistern, sei dies eine gute Möglichkeit, dem Problem entgegenzuwirken.

Die FDP-Fraktion betone, dass darüber hinaus Geld nicht das alleinige Mittel sei, um die Wirtschaft zu fördern, auch wenn es im Antrag der AfD-Fraktion so dargestellt werde. Die Aufgabe sei viel komplexer und verschiedene Akteure, wie Unternehmen, die Bundesländer und der Bund seien gefordert. Sie ergänze, dass es einige Maßnahmen gebe, die die Meisterausbildung attraktiver machen könnten. Mit dem Antrag der AfD-Fraktion könne dies allerdings nicht geschehen. Man lehne den Antrag daher ab.

Die **Gruppe Die Linke** erkläre einleitend, sie wolle den Antrag der AfD-Fraktion ablehnen. Sie begründe die Ablehnung anschließend damit, dass die AfD-Fraktion nur vorgebe, an der beruflichen Bildung interessiert zu sein. Wie das Problem der beruflichen Bildung gelöst werden könne, wolle die AfD-Fraktion eigentlich gar nicht beantworten. Das einzige richtige Anliegen im Antrag sei die Forderung nach einer kostenfreien Meisterausbildung, welche sich durch den Beschluss des Bundesrates im März 2023 allerdings erledigt habe. Die Gruppe Die Linke betone, es sei zwar wichtig, dass der Gesetzgeber beim AFBG nachliefe, allerdings solle sich die AfD-Fraktion besser damit beschäftigen, wie das AFBG novelliert werden könne, sodass zum Beispiel alle Ausbildungsformen der Erzieherausbildung förderfähig werden könnten. Dies habe die AfD-Fraktion im Antrag ebenfalls versäumt. Zusätzlich seien im Antrag einige Problemfelder in der beruflichen Bildung vergessen worden, zum Beispiel die Vertragsauflösungsquote von 30 Prozent bei Ausbildungsverträgen. Davon sei mit 36 Prozent auch das Handwerk betroffen. Insgesamt schweige der Antrag zu wesentlichen Problemfeldern in der Ausbildung, wie zu der Qualität, Betreuung und Bezahlung. Dazu führe die Gruppe Die Linke aus, dass die problematische Übergangszeit von Ausbildungsabschluss und Berufseinstieg, in der sich momentan immerhin 240.000 Menschen befänden, im Antrag fehle.

Die Gruppe Die Linke kritisiere ebenso, dass der Antrag keine Anreize, um die Betriebe zu motivieren, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, aufzeige. Insgesamt entstehe der Eindruck, als wolle die AfD-Fraktion immer nur die Studierenden und die akademische Bildung für die Probleme in der beruflichen Bildung verantwortlich

machen. Dies zeige sich insbesondere in den Debatten im Plenum. Die Gruppe Die Linke erklärt abschließend, dem Antrag fehle es an Substanz und Ernsthaftigkeit bezüglich der Behandlung der beruflichen Bildung und man lehne den Antrag daher ab.

Die **Gruppe BSW** erklärt, dass der Antrag der AfD-Fraktion der Komplexität des Themas nicht gerecht werde und man sich den Argumenten der Vorredner anschließe. Mit den wirklichen Defiziten und Problemen in der beruflichen Bildung befasse sich der Antrag überhaupt nicht. Zuletzt kritisiert die Gruppe BSW, dass der monatliche Unterhaltszuschuss bereits seit August 2020 rückzahlungsfrei sei, was im Antrag unterschlagen werde. Man werde den Antrag der AfD-Fraktion ebenfalls ablehnen.

Berlin, den 13. März 2024

Jessica Rosenthal
Berichterstatlerin

Stephan Albani
Berichterstatter

Dr. Anja Reinalter
Berichterstatlerin

Friedhelm Boginski
Berichterstatter

Nicole Höchst
Berichterstatlerin

Nicole Gohlke
Berichterstatlerin

Ali Al-Dailami
Berichterstatter

